

Bildungschancen sind Lebenschancen - Deshalb Bildung zur Chefsache machen!

Bildung ist ein Türöffner für individuelle, gesellschaftliche Teilhabe und Wohlstand. Bildung fördert gesamtgesellschaftliche Prosperität. Und gute Bildung heißt immer auch Bildung für alle. Dazu braucht es angemessene Ausstattung, ausreichend Zeit und gute Arbeitsbedingungen. Das gibt es nicht zum Nulltarif. Bildung und Forschung müssen eine deutlich höhere Priorität bekommen.

Das Versprechen von 2008 bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren, ist bis heute nicht eingelöst worden. Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft fehlen allein für die unter Dreijährigen, rund 342.000 geförderte Betreuungsplätze; laut dem Bundesfamilienministerium braucht es zudem bis 2025 rund 190.000 Erzieherinnen und Erzieher – ohne den Bedarf in Ganztagsgrundschulen.

Wir fordern:

- Sofortige, umfassende Infrastrukturmaßnahmen zur Beseitigung baulicher Mängel der Bildungseinrichtungen.
- Mehr qualifiziertes Personal.
- Aufgabengerechte Ausstattung mit Sachmittel und Räumen.
- Ausbau der IT-Infrastruktur und weiterer technischer Ausstattung.
- Ausbau hochwertiger Schulsozialarbeit.
- Grundschulganztage nur mit qualifizierten Fachkräften und ausreichender Sachmittelausstattung.
- Ausbau freiwilliger, hochwertiger, schulischer Angebote für ältere Kinder.
- Es braucht ein echtes Bundes-Kita-Qualitätsgesetz mit verbindlichen Standards und einer angemessene Fachkraft-Kind-Relation.
- Es braucht eine Ausbildungsförderung, die es jedem/jeder ermöglicht sich auf die Ausbildung zu konzentrieren unabhängig von der sozialen Herkunft.
- Bundestariftreuegesetz: Öffentliche Aufträge, Förderungen und staatliche (Re-)Finanzierungen sollen an repräsentative Tarifverträge knüpft werden.
- Stärkung des Tarifvertragssystem. Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen erleichtern und die kollektive Weitergeltung von Tarifverträgen verbessern.
- Sogenannte OT (Ohne-Tarif) -Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden sollen eingeschränkt werden.
- Gewerkschaften müssen ein verbessertes Zutrittsrecht in Betrieben und Verwaltungen und ein Verbandsklagerecht erhalten.
- Der gewerkschaftliche Mitgliedsbeitrag muss steuerlich besser gefördert werden.
- Ausbau von Mitbestimmungsrechten und -strukturen.
- Der Arbeitslohn muss zum Leben reichen, dafür muss der Mindestlohn deutlich angehoben werden.
- Ein ausreichender Arbeits- und Gesundheitsschutz, in dem psychische Belastung eine angemessene Rolle spielt.



- Aufwertung von Bildungs-, Sozial- und pädagogischen Berufen. Das heist u.a. höhere Bezahlung, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und bessere Arbeitsbedingungen.
- Abschaffung sachgrundloser Befristungen, begründete Befristungen einschränken.
- Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.
- Unbezahlte Care-Arbeit ist keine alleinige Privatangelegenheit sondern sie ist gesellschaftlich notwendig, deshalb muss sie wie Lohnarbeit anerkannt werden.

Um dem gerecht zu werden muss die zukünftige Regierung unverzüglich handeln. Vor allem benötigt sie den politischen Willen und die nötigen Finanzmittel um in Bildung zu investieren. Laut Armutsbericht 2021 der Bundesregierung gibt es immer mehr Arme, die soziale Ungleichheit verfestigt sich und gleichzeitig besitzt die eine Hälfte der Bevölkerung 99,5 Prozent des Gesamtvermögens. Die 1000 reichsten Deutschen hatten 2018 ein Vermögen von 1,177 Billionen Euro dem gegenüber belief sich der kompletten Bundeshaushalt auf weniger als ein Drittel davon.

Gegenfinanzierung:

- Deutlichere Besteuerung von gewinnbringenden Unternehmen.
- Reaktivierung der Vermögenssteuer
- Überarbeitung der Erbschaftssteuer insbesondere bei den Freistellungen
- Steuerreform nach sozialen Prinzipien z.B. progressive Kapitalertragssteuer, Siehe auch: <https://www.gew.de/bildungsfinanzierung/gew-steuerkonzept/>
- Abschaffung der Schuldenbremse, um dringend notwendige Investitionen zu ermöglichen.
- Konsequente Durchsetzung der Steuergesetze, um Steuervermeidung und -betrug lonsequenter zu verfolgt. Wir brauchen bessere und häufigere Kontrollen.
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf den Handel mit Wertpapieren, Währungen und Derivaten.

Egal wer nach der Wahl regiert, es wird darum gehen, wie die immensen Lasten der Corona-Pandemie, der Klimakatastrophe oder der gesellschaftlichen Herausforderungen verteilt werden. Die GEW München stellt klar: »Nicht auf unserem Rücken!«. Soziale Lösungen finden unsere Unterstützung, einseitige zu Ungunsten der Beschäftigten hingegen können sich unseres nachhaltigen Widerstands sicher sein.

Weitere Informationen und V.i.S.d.P.:

GEW München, Neumarkter Straße. 22, 81673 München

<https://www.gew-muenchen.de>

Eigendruck im Selbstverlag

